

*Magdeburg 19. Januar 2012*

## **BTB Sachsen-Anhalt im Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion**



**Am 19.01.2012 fand ein gemeinsames Gespräch des BTB Sachsen-Anhalt mit dem stellvertretende SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden Herrn MDL Rüdiger Erben statt.**



**Manfred Jakobs (rechts) Vorsitzender BTB Sachsen-Anhalt im Gespräch mit dem stellvertretenden SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden Herrn MDL Rüdiger Erben**

**Bild: Rainer Kießling**

Eine Delegation des BTB Sachsen-Anhalt hat nach der Landtagssitzung am 19.01.2012 ein gemeinsames Gespräch mit dem stellvertretenden SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden Herrn MDL Rüdiger Erben geführt. Hierbei ging es um die Erörterung des vom Kabinett beschlossenen Personalentwicklungskonzeptes des Landes Sachsen-Anhalt für die Jahre 2011-2025 (PEK III - [http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/intra/landtag3/ltpapier/drs/6/d0450lun\\_6.pdf](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/intra/landtag3/ltpapier/drs/6/d0450lun_6.pdf)). Der BTB Sachsen-Anhalt begrüßt die Einsicht der Politik, dass der Haushalt 2012/2013 ohne die im PEK III beinhalteten Maßnahmen beschlossen wurde. Nach wie vor fehlen aus Sicht der Gewerkschaft die Instrumente zur Umsetzung des massiven Personalabbaus in dem Konzept. Ebenfalls wurde von der Landesregierung auch noch keine Aussage getroffen, wie mit dem reduzierten Personal die gesetzlichen Aufgaben in der Verwaltung bewerkstelligt werden sollen. Die Politik widersprach diesem Vorwurf zwar nicht, schafft aber derzeit auch keine Lösungen. Herr Erben sieht ebenfalls Probleme bei der Umsetzung des Konzeptes, befürwortet aber die hohen Abbauquoten für die technische Verwaltung, ggf. mit einer Aufgabenkritik für die Verwaltungen.

Die Gewerkschaft machte der Politik den Vorschlag der Einrichtung eines Landesfonds für Altersteilzeit- und der nun erstmals für das Jahr 2012 beschlossenen freiwilligen Teilzeitregelungen aller Beschäftigten als Nachfolge des Tarifvertrages zur sozialen

Absicherung. Die beiden o.g. derzeit von der Landesregierung befürworteten Maßnahmen zur Sanierung des Landeshaushaltes werden bei Antragstellung der Bediensteten von den jeweiligen Fachverwaltungen aus dienstlichen Gründen aber meist abgelehnt. Leidtragende sind die Beschäftigten, die diese Regelungen für sich aus persönlichen Gründen gerne in Anspruch nehmen würden. In Gesprächen mit den Fachverwaltungen hört man stets, dass die Einsparpotentiale nur dem Haushalt des Landes zu gute kommen. Dabei wird die gesetzliche Aufgabenerledigung der Verwaltungen nicht beachtet. Das Personal fehlt zusätzlich zum beschlossenen Personalabbau durch das PEK III. Die Gewerkschaft schlägt daher vor, die zusätzlichen finanziellen frei werdenden Mittel mit Neueinstellungen für die Verwaltungen zu hinterlegen. So könnte einer älter werdenden Belegschaft entgegen gewirkt werden. Um den Bedürfnissen der Einsparungen beim Personal im Landeshaushalt zu entsprechen, kann das betroffene Personal der o.g. Maßnahmen über einen Landesfond finanziert werden.

Die in dem neu eingerichteten Landesfond eingesparten Mittel könnten über eine Quote dem Haushalt und den Dienststellen zur Verfügung gestellt werden. Zusätzliche Neueinstellungen könnten dann über eine noch zu verhandelnde Quote (z.B. 2:1 - zwei Stelleneinsparungen, eine zusätzliche neue Festeinstellung außerhalb des Stellenkorridors des PEK III) festgelegt werden. Alle Beteiligten gewinnen:

- Das betroffene **Personal**, da die Maßnahmen öfters von den Dienststellen bewilligt werden.
- Die **Fachverwaltungen / Dienststellen**, da sie einen gewissen zusätzlichen Einstellungskorridor sehen.
- Das **Land**, da wirklich auch die Maßnahmen umgesetzt werden und ein Teil der eingesparten Mittel der Haushaltskonsolidierung zu Gute kommen.
- Die **Gesellschaft**, da die Jugend des Landes eine weitere Chance auf Einstellung erhält.
- Die **öffentliche Dienst**, da ihm somit seiner Vergreisung entgegen gewirkt werden kann.

Die finanziellen Mittel des Landesfonds sind vom Land zur Verfügung zu stellen. Es sind aber keine zusätzlichen Mittel, da die Mittel in jedem Fall als Personalkosten anfallen. Die Quote ist dabei die gewerkschaftliche Kernforderung zur Umsetzung zusätzlichen Neueinstellungen.

Die Gewerkschaft fordert weiterhin für den Nachwuchs in Sachsen-Anhalt entsprechende Signale auszusenden und die eingesparten Mittel in die Ausbildungsberufe und neue Auszubildende zu investieren. Aus Sicht der Gewerkschaft ist es nicht hinnehmbar, dass in den Fachverwaltungen einerseits nur bedarfsgerechte Ausbildungen stattfinden, aber andererseits Millionen vom Land in Werbekampagnen investiert werden, um ehemalige Sachsen-Anhalter zurück in das Land zu locken. Es muss diesem Land wieder gelingen, attraktiv für junge Leute zu werden, so dass diese das Land aus beruflichen Gründen nicht erst verlassen müssen. Hier erwartet die Gewerkschaft Signale aus der Politik und fordert eine entsprechende Quote in allen Ausbildungsberufen in der Landesverwaltung, um jungen Menschen Perspektiven in Sachsen-Anhalt zu geben.

Die Gespräche der Gewerkschaft mit den Fraktionen des Landes sollen in regelmäßigen Abständen geführt werden. Hier wünscht sich der BTB Sachsen-Anhalt die Möglichkeit mit mehreren Politikern der SPD-Fraktion in den Dialog zu kommen.

Der BTB Sachsen-Anhalt dankt Herrn Rüdiger Erben für dieses Gespräch.